

# Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 042 und 041

Für den Inhalt verantwortlich: Hans Riemer, Wilhelm Adameitz

28. November 1948

Blatt 1619

## Das Städteparlament hat getagt

=====

Im Wiener Rathaus versammelten sich heute unter dem Vorsitz von Bürgermeister Körner und Vizebürgermeister Honay (Wien), Dr. Speck (Graz), Dr. Melzer (Innsbruck), die Vertreter der im österreichischen Städtebund vereinigten 136 Städte und Großgemeinden, die nahezu vier Millionen Einwohner umfassen, um zu den aktuellen Fragen der Kommunalpolitik Stellung zu nehmen. Die Bundesregierung war an der Tagung durch Vizekanzler Dr. Schärf und die Bundesminister Maisel, Dr. Zimmermann und Dr. Gerö vertreten. Leitende Beamte haben außerdem die Bundesministerien für Inneres, Handel und Wiederaufbau und Finanzen sowie einige Landesregierungen entsendet. Die Parlamentsfraktionen der beiden großen Parteien waren durch ihre mit den Angelegenheiten der Gemeinden befaßten Mitglieder vertreten. An der Tagung nahmen außerdem Delegierte des Österreichischen Gemeindebundes und der beiden Gemeindevertreterverbände Österreichs sowie anderer Organisationen teil.

Namens der Bundesregierung begrüßte Vizekanzler Dr. Schärf den Österreichischen Städtetag. Er verwies auf das seit einem Jahr wirksame Abgabenteilungsgesetz, dessen Erfahrungen einen Gedankenaustausch ergeben werden. Unser demokratisches Gemeinderecht, das bald hundert Jahre alt ist, wurde nach 1945 mit nur kleinen Änderungen in den Vertretungskörpern und im Wahlrecht wieder in Kraft gesetzt. Es sieht den Proporz vor, in dem wir einen Zwang zur sachlichen Zusammenarbeit in der Selbstverwaltung erblicken können. Die Gemeindestuben sind die hohe Schule für Verwaltung und Politik. Für den Österreichischen Gemeindebund sprach Rechnungsrat Sponner.

Nach dem Rechenschaftsbericht, den der Sekretär des Städtebundes Hans Riemer, erstattete, referierte Bürgermeister-Stellvertreter Aust (Graz), über die Finanzlage der Gemeinden. Zu seinen Ausführungen nahm der Bundesminister für Finanzen Dr. Zimmermann, das Wort. Der Minister gab einen Überblick über die Finanzlage des Bundes, die nicht nur durch große Aufgaben, sondern vor allem durch die Notwendigkeit gekennzeichnet sei, die Währung unseres Staates in Ordnung zu halten.

In einer EntschlieÙung brachte der Städtetag seine Zustimmung zu der Verlängerung des Abgabenleistungsgesetzes auf das Jahr 1949 und eine Reihe von Forderungen an die Bundesgesetzgebung zum Ausdruck. Der Städtebund verlangt insbesondere die Zuweisung finanzieller Mittel für die Behebung von Kriegsschäden an öffentlichen Gebäuden, die Wiederinkraftsetzung der finanziellen Bestimmungen des Krankenanstaltengesetzes und die Vermeidung weiterer finanzieller Belastungen der Gemeinden, wenn nicht gleichzeitig für die Bedeckung Vorsorge getroffen wird.

Der Bürgermeister von Innsbruck, Dr. Melzer, zeigte in einem ausführlichen Referat die Wohnungsnot in den Gemeinden und die Schwierigkeiten der Stadtverwaltungen auf, diesen Notstand mit eigenen Mitteln zu beheben. In einer EntschlieÙung verlangte der Städtetag die ausreichende Dotierung des Bundeswohn- und Siedlungsfonds und die Gewährung von Darlehen aus diesem Fond an die Gemeinden zum Bau von Wohnhäusern.

Im Anschluß an ein Referat des Grazer Stadtrates Möbes, über Richtlinien für die Führung erwerbswirtschaftlicher Unternehmungen der Gemeinden entwickelte sich eine längere Debatte über die Auswirkungen des zweiten Verstaatlichungsgesetzes auf jene Städte und Gemeinden, die eigene Elektrizitätswerke besaßen, die nun in die Landesenergiegesellschaften eingegliedert wurden. In einer EntschlieÙung wurde die Geschäftsleitung des Städtebundes beauftragt, diesem Gegenstand größte Aufmerksamkeit zuzuwenden und insbesondere das zu erwartende Durchführungsgesetz zum zweiten Verstaatlichungsgesetz im Interesse der betreffenden Gemeinden zu beeinflussen.

Ausführliche Referate erstatteten außerdem der Magistratsdirektor von Klagenfurt, Dr. Saulich, über das Amtshaftungsgesetz und Obermagistratsrat Dr. Humer (Linz), über die von einem Fachausschuß ausgearbeiteten Richtlinien für die Reform der Verwaltung der Gemeinden.

Auf dem Österreichischen Städtetag haben die Gemeinden zu einer Reihe wichtiger Probleme ausführlich Stellung genommen und ihre Auffassungen kundgegeben. In freundschaftlicher, die Parteischränken beiseite lassender, fachlicher Zusammenarbeit hat der Österreichische Städtebund in seinen Ausschüssen und Fachkomitees fruchtbringende, den Interessen der Gesamtbevölkerung dienende Arbeit geleistet. Die Vielfalt und der sachliche Ernst dieser der gesamten österreichischen Kommunalverwaltung dienenden Arbeit ist auf dem vierten Österreichischen Städtetag erneut zum Ausdruck gekommen.

- - - - -